



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und  
Umweltangelegenheiten am 11.10.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:03 Uhr bis 19:16 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder:**

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bernstiel, Teilnahme bis 19:07 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:09 Uhr
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 18:54 Uhr
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Andreas Müller	Sachkundiger Einwohner
Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung:**

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dörthe Riedel	Referentin des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Yvonne Voigt	Leiterin Abteilung Bürgerservice mit Wohnberechtigungsschein
Dr. Robert Pulz	Leiter Abteilung Brand-, Katastrophenschutz/RD
Dirk Scherlies	Leiter Abteilung Objektbetreuung
Manuela Hoßbach	Controllerin Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Sarah Lange	Stellvertretende Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Frau Dahms zur Sauberkeit in der Silberhöhe**

---

**Frau Dahms** berichtete, dass es auf der Silberhöhe Probleme mit Müll, Ungeziefer und einem Trinktreff gibt. Am 30. Oktober findet ein Familienfest, durch den Buchladen CoBula und die Stadt Halle (Saale) initiiert, auf der Silberhöhe statt. Sie fragte, wann die Stadtverwaltung entsprechende Maßnahmen ergreift.

**Herr Teschner** sagte, dass die Situation bekannt ist und daher mehrfach wöchentlich das Ordnungsamt präsent ist. An 12 Tagen wurde zusätzlich Wachschatz eingesetzt. Er sagte, dass hoheitliche Maßnahmen nur vollzogen werden, wenn eine Gefahrensituation ersichtlich ist. Der reine Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit ist im Stadtgebiet nicht verboten. Des Weiteren sagte er eine Reinigung der städtischen Flächen bis zur Veranstaltung zu.

zu **Frau Lamprecht zur örtlichen Nahversorgung in der Silberhöhe**

---

**Frau Lamprecht** sagte, dass keine Einkaufsmöglichkeit in der Nähe des Bereiches Am Hohen Ufer vorhanden ist und die älteren Bewohner weite Strecken zurücklegen müssen. Sie fragte, ob es künftig eine neue Einkaufsmöglichkeit geben wird.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es aktuell keine Nachfrage für die Nachnutzung der leerstehenden Kaufhalle gibt.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2      **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Scholtyssek** regte an, den

*Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese  
Vorlage: VI/2018/04165*

unter dem TOP 4.1, den Haushaltsberatungen mitzudiskutieren.

Des Weiteren teilte er mit, dass der

*Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem neuen Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption  
(Vorlage VI/2018/04303)  
Vorlage: VI/2018/04323*

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen wurde und somit von der Tagesordnung abgesetzt wird.

**Herr Doege** bat den

*Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur graffitifreien Altstadt  
Vorlage: VI/2018/04154*

zu vertagen, da der Antragssteller nicht anwesend ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3.      Bestätigung der Niederschrift vom 13.09.2018
4.      Beschlussvorlagen
- 4.1.   Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den  
Beteiligungsbericht 2017  
Vorlage: VI/2018/04385
- 4.2.   Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2018/04307
5.      Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1.   Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur graffitifreien Altstadt  
Vorlage: VI/2018/04154                      **→ vertagt**

- 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese  
Vorlage: VI/2018/04165
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem neuen Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption  
Vorlage: VI/2018/04303
- 5.3.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem neuen Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption (Vorlage VI/2018/04303)  
Vorlage: VI/2018/04323 **→ abgesetzt**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, Fraktion DIE LINKE, zu Abfallbehältern  
Vorlage: VI/2018/04431
  - 6.2. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, Fraktion DIE LINKE, zur Ausweispflicht  
Vorlage: VI/2018/04432
  - 6.3. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, Fraktion DIE LINKE, zum Einwohnermeldeamt  
Vorlage: VI/2018/04433
7. Mitteilungen
  - 7.1. Baumfällliste
  - 7.2. Bäume Riveufer
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  - 8.1. Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler zur Fläche des ehemaligen Raumflugplanetariums
  - 8.2. Frau Krischok zu Abschleppmaßnahmen
  - 8.3. Frau Krischok zur Grünflächenkonzeption
  - 8.4. Frau Krischok zum Genossenschaftsfriedhof
  - 8.5. Frau Krischok zu Wochenmärkten
  - 8.6. Frau Krischok zu Friedhöfen
9. Anregungen

### zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 13.09.2018

---

**Frau Krischok** sagte, dass unter TOP 9.1 der Passus „in der Leitstelle“ zu ergänzen ist. Des Weiteren sagte sie, dass ihre Anfrage unter TOP 8.2 falsch verstanden wurde und bat nach „eigentlich“ den Text zu streichen und dafür „eine temporäre Pflanzung bis zum Zeitpunkt einer Neunutzung dieser Fläche“ zu ergänzen.

**Herr Scholtyssek** sagte, dass nach Prüfung durch Frau Lange die entsprechenden Passagen bei Richtigkeit ergänzt werden.

Es gab keine Anmerkungen, sodass die öffentliche Niederschrift durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

### zu 4 Beschlussvorlagen

---

#### zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 Vorlage: VI/2018/04385

---

**Herr Teschner** führte anhand einer Präsentation in den Haushalt 2019 des Fachbereiches Sicherheit ein.

**Frau Voigt** führte anhand einer Präsentation in den Haushalt 2019 des Fachbereiches Einwohnerwesen ein.

**Frau Ruhl-Herpertz** führte anhand einer Präsentation in den Haushalt 2019 des Fachbereiches Umwelt ein.

**Herr Rebenstorf** erläuterte den Haushalt 2019 des Dienstleistungszentrums Klimaschutz.

**Herr Reichardt** führte anhand einer Präsentation in den Haushalt 2019 des Dienstleistungszentrums Veranstaltungen/Bereich Märkte ein.

*Anmerkung: Die Präsentationen sind in Session hinterlegt.*

#### *Fachbereich Sicherheit*

**Frau Krischok** fragte, woraus die Änderungen in den Zeilen 4, 5, und 12 resultieren.  
(S. 214)

**Herr Teschner** antwortete, dass die Änderungen in Zeile 4 und 5 aus der Änderung des Submissionsmodells zum Konzessionsmodell Rettungsdienst resultieren. Die Änderung in Zeile 12 erklärt sich durch die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Brandschutzerziehung, die Brandschutzerziehung ist fester Bestandteil des Haushaltsplans.

**Frau Krischok** fragte, wie hoch das derzeitige IST bei den einzelnen Leistungen ist und ob die Kennzahlen durch die veränderten Dienstzeiten und die höhere Anzahl der Mitarbeiter sich ändern müssten. (S. 217-218)

**Herr Teschner** sicherte eine schriftliche Beantwortung zum IST-Stand zu. Weiterhin sagte er, dass die Kennzahlen auf den Werten der Vorjahre basieren und demnach für die Haushaltsplanung 2020 ff angepasst werden.

**Frau Krischok** fragte, wie hoch das IST für die Sondernutzung ist und ob durch den Werbenutzungsvertrag der Ansatz für 2019 geändert wird. (S. 222)

**Herr Teschner** sicherte eine schriftliche Beantwortung zum IST zu und sagte, dass für den Werbenutzungsvertrag Mindestentgelte vereinbart wurden und die tatsächlichen Entgelte abzuwarten sind.

**Frau Krischok** sagte, dass in Zeile 10 des Stellenplans nur noch zwei Stellen für den Katastrophenschutz ausgewiesen sind und sich trotz der Reduzierung die Personalaufwendungen erhöhen. Sie fragte, wie viele Personen in den angesetzten Personalaufwendungen enthalten und wo diese im Stellenplan ersichtlich sind. (S. 242)

**Herr Dr. Pulz** sagte, dass es insgesamt 4 Personalstellen im Katastrophenschutz gibt; eine davon nimmt Aufgaben des Katastrophenschutzes in der Leitstelle wahr. Diese Stelle befasst sich mit dem Katastrophenschutzmanagementprogramm Bismarck.

**Frau Krischok** sagte, dass für 2018 ca. 20.000 Euro für den Winterdienst auf Radwegen vorgesehen ist. Sie fragte, warum dies nicht in der Kurzbeschreibung für 2019 mit aufgeführt ist. ( S. 256). Sie bat, „Radwege“ in die Kurzbeschreibung des Winterdienstes mit aufzunehmen. (S. 256)

**Herr Teschner** nahm die Anregung auf.

**Frau Krischok** bezog sich auf ihre Anfrage zum TOP 6.1 und fragte, welche Zuschussbedarfe sich bei welchen Leistungen dadurch ändern werden. (S. 258)

**Herr Teschner** antwortete, dass zwischen Papierkörben, welche zur Straßenreinigung gehören, und welche auf Grünflächen stehen, unterschieden werden muss. Die Anfrage bezieht sich auf die Grünflächen.

**Herr Rupsch** sagte, dass die Kennziffern im Jahr 2018 und 2019 gleich sind, gleichzeitig im Haushaltsansatz 700.000 Euro mehr Personalkosten. Er fragte, womit die Erhöhung der Personalkosten begründet werden und ob auch die Kennzahlen durch die Erhöhung geändert werden müssten. 18. (S. 218)

**Herr Teschner** sagte, dass die Kennzahlen aus den IST-Zahlen des jeweiligen Vorjahres resultieren.

**Herr Rupsch** regte an, die Aussagekraft der Leistungskennzahlen zu überprüfen. Weiterhin fragte er, warum der Ansatz der Überwachung des fließenden Verkehrs erhöht wurde. (S. 227)

**Herr Teschner** antwortete, dass sich die Erhöhung aus der Ersatzbeschaffung des mobilen Blitzers ergibt.

**Herr Rupsch** fragte, warum der Bau der 3. Wache von 5 Millionen auf 9,7 Millionen Euro gestiegen ist.

**Herr Teschner** antwortete, dass der ursprüngliche Ansatz aufgrund von Erfahrungswerten ermittelt wurde. Aus der konkreten Kostenplanung ergeben sich nunmehr die Gesamt-Investkosten.

**Herr Rupsch** fragte, warum die Umsetzung des Atemschutzkomplexes wieder verschoben wurde. (S. 249)

**Herr Teschner** antwortete, dass dies aufgrund der Prioritätensetzung erfolgt ist. Die bestehende Anlage wurde umgebaut und kann vorerst genutzt werden.

**Herr Doege** fragte, ob eine Neubeschaffung von Digitalfunkgeräten vorgesehen ist.

**Herr Teschner** antwortete, dass die derzeitigen Geräte bis zum Ende 2020 ersetzt werden müssen.

**Herr Dr. Pulz** ergänzte, dass die Neubeschaffung in der Mittelfristenbindung berücksichtigt wurde und bei den einzelnen Produktgruppen mit enthalten ist.

**Herr Scholtyssek** fragte, warum der Ansatz der Verwarn- und Bußgelder deutlich reduziert wurde. (S. 217)

**Herr Teschner** antwortete, dass es sich um einen Ansatz handelt, bei dem gebäudewirtschaftliche Aufwendungen einfließen.

**Herr Scholtyssek** fragte, in welchem Zusammenhang gebäudewirtschaftliche Aufwendungen zu Verwarn- und Bußgeldern stehen.

**Herr Teschner** antwortete, dass hier die kostengenaue Abrechnung von Miet- und Bewirtschaftungskosten gemeint ist, welche anteilig bei den Verwarn- und Bußgeldern als Aufwand ausgewiesen werden.

**Herr Scholtyssek** fragte, ob die Ansätze für 2018 bei der Brandbekämpfung und technischen Hilfeleistung 2018 nicht realistisch waren. (S. 234)

**Herr Teschner** antwortete, dass die Bekleidungskosten zu einem erhöhten Ansatz in 2019 führen.

#### *Dienstleistungszentrum Klimaschutz*

**Herr Rupsch** fragte, unter welchem Punkt die Fassadenbegrünung in Höhe von 6.000 Euro erfasst ist.

**Herr Zwick** antwortete, dass die gesamte Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, inklusive der Fassadenbegrünung, unter dem Punkt der sonstigen ordentlichen Aufwendungen aufgeführt ist.

#### *Fachbereich Umwelt*

**Herr Müller** fragte, wie hoch der Ansatz 2019 im Bereich Waldumbau und Waldverjüngung ist.

**Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Krischok** fragte, woher die 200.000 Euro geringeren Aufwendungen beim öffentlichen Grün resultieren und welche Leistungen unter Ehrengräber erfasst sind. Des Weiteren fragte sie, ob in 2019 die Übergabe des städtischen Anteils des Friedhofes Dölau an die Kirchengemeinde erfolgt. (S. 382)

**Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine schriftliche Antwort zu.

**Herr Rupsch** fragte, wie der personelle Aufwuchs im Bereich Naturschutz begründet wird. (S. 361 ff.)

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass sich die Anzahl der Mitarbeiter nicht erhöht hat.

**Herr Rupsch** fragte, ob es künftig eine Förderrichtlinie bei der Bezuschussung von Umweltvereinen gibt.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass eine entsprechende Beschlussvorlage zeitnah in die Gremien eingebracht wird.

**Herr Doege** fragte, wie sich der Rückgang des Ansatzes in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen begründet. (S. 375)

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass die Ruherechtsentschädigung in Höhe von 650.000 Euro zwischen Ergebnis- und Investitionshaushalt aufgeteilt wurde, je nach Art der Leistung, die daraus finanziert wird

#### *Fachbereich Einwohnerwesen*

**Herr Rupsch** bat um Ausführungen zur Notwendigkeit des Projektes Umbau des Bürgerservices Marktplatz. (S. 334)

**Frau Voigt** sagte, dass der Bürgerservice sowohl die Anforderungen an den Arbeits- und Datenschutz nicht mehr erfüllt als auch die Willkommenskultur verbessert werden soll. Folglich soll die Bürgerservicestelle im kommenden Jahr modernisiert werden.

#### *Dienstleistungszentrum Veranstaltungen/ Bereich Märkte*

**Herr Doege** fragte, ob es zur avisierten Marktsatzung eine geänderte Marktgebührensatzung geben wird und wenn ja, ob diese im Haushalt mit aufgenommen wurde.

**Herr Reichardt** antwortete, dass im Zuge der avisierten Marktsatzung die Gebühren neu kalkuliert werden. Diese sind im Haushalt noch nicht berücksichtigt.

**Frau Krischok** fragte, warum die Differenz der privatrechtlichen Leistungsentgelte in Zeile 5 so groß ist. (S. 746)

**Herr Reichardt** antwortete, dass die Differenz aus dem Wegfall der Vermietungsmöglichkeit des Festplatzes resultiert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zu Kenntnis.

**zu 4.2      Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VI/2018/04307**

---

**Frau Ruhl-Herpertz** führte anhand einer Präsentation in die Abfallgebührensatzung ein. Des Weiteren nahm sie Bezug auf die Anregung von Herrn Misch und sagte, dass mit den eingezahlten Mahngebühren 97 Prozent der aufgelaufenen Mahnkosten abgedeckt werden können. Die restlichen 3 Prozent gehen nicht zu Lasten des Abfallgebührenhaushaltes.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Misch** merkte an, dass zu Beginn der Gültigkeit der Abfallgebührensatzung eine Mitteilung im Amtsblatt erfolgen sollte, welche Informationsbroschüren dem Bürger zur Verfügung stehen.

**Frau Krischok** ergänzte, dass die aktuellsten Versionen auch auf der halleschen Internetseite veröffentlicht werden sollten.

**Herr Rupsch** fragte, ob die Herleitung der Degression rechtlich geprüft wurde. Er befürchtete, dass eine Datenerhebung an drei Tagen in der Ferienzeit nicht repräsentativ sein könnte.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass bei der Erarbeitung der neuen Abfallgebührensatzung eine Rechtsanwältin mit einbezogen wurde und die zusätzliche Datenerhebung lediglich die Erfahrungswerte bestätigt hat.

**Herr Rupsch** sagte, dass man nicht dem Begehren des Petenten nachkommt, die Mahnkosten zugunsten des Gebührenzahlers zurückzuführen.

**Frau Franz** sagte, dass die rechtliche Pflicht zur Rückgabe der zu viel eingestellten Mahnkosten ab 2015 besteht. Eine rechtliche Pflicht zur Rückgabe von 2013 bis 2014 besteht nicht. Der Vorschlag war, eine andere Art der Einsparung zu bringen, welche sich im Gebührensatz widerspiegelt.

**Frau Winkler** fragte, wo die zu erstattenden Mahnkosten ab 2015 aufgeführt sind.

**Frau Franz** antwortete, dass dies als einzelne Position ausgewiesen ist und zurückerstattet wird.

**Herr Rupsch** merkte an, dass man trotz fehlender rechtlicher Pflicht dem Wunsch des Petenten nachkommt.

**Frau Winkler** fragte, ob es ein Verlangen des Petenten war, dass die Stadt ihm so entgegenkommen muss.

**Frau Ruhi-Herpertz** antwortete, dass der Petent eine vollständige Rückführung verlangt hat. Die Stadtverwaltung hat Wege gefunden, soweit wie möglich auf freiwilliger Basis, ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, entgegenzukommen.

**Frau Winkler** fragte, warum man dem Petent entgegengekommen ist.

**Frau Ruhi-Herpertz** antwortete, dass dies zur Sicherung des Rechtsfriedens und zur Verkürzung der Angelegenheit gemacht wurde.

**Herr Juister** sagte, dass die Abfallgebührensatzung nicht geschlechtergerecht formuliert ist.

**Frau Ruhi-Herpertz** sagte eine Anpassung zu.

**Herr Misch** würdigte die Arbeit der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft Halle.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Vorlage bat.

**Abstimmungsergebnis**

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis**

**Stadträtinnen und Stadträte:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung**

Der Stadtrat beschließt die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale).

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese  
Vorlage: VI/2018/04165**

---

**Herr Scholtyssek** bat um Entschuldigung, dass der Antrag nicht wie besprochen zum TOP 4.1 behandelt wurde. Er schlug vor, den Antrag durch den Antragsteller finanziell zu untersetzen und bis zur nächsten Ausschusssitzung zu vertagen.

**Herr Rupsch** hatte keine Einwände.

**Abstimmungsergebnis:**                    **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt wird beauftragt, ab Frühjahr 2019 eine öffentliche Toilettenanlage im Bereich der Würfelwiese einzurichten. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sind im Haushalt 2019 einzuplanen.

**zu 5.3      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem neuen  
Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption  
Vorlage: VI/2018/04303**

---

**Herr Rupsch** teilte mit, dass der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters im Planungsausschuss übernommen wurde und bat um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des geänderten Antrages bat.

**Abstimmungsergebnis**

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:**                    **einstimmig zugestimmt nach  
Änderungen**

**Abstimmungsergebnis**

**Stadträtinnen und Stadträte:**    **einstimmig zugestimmt nach  
Änderungen**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen fortgeschriebenen Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption mit Maßnahmen und Finanzierungsvorschlag für den Zeitraum 2019 – 2023 für eine Beratung und Beschlussfassung bis zum Stadtrat am ~~19.12.2018~~ **September 2019** vorzulegen.

**zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1      Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, Fraktion DIE LINKE, zu  
Abfallbehältern  
Vorlage: VI/2018/04431**

---

*Anmerkung: Die Antwort der Verwaltung ist in Session hinterlegt.*

**Frau Krischok** fragte, ob das neue Entsorgungskonzept bei der Aufstellung des Haushaltes mit berücksichtigt wurde.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass das Entsorgungskonzept in Bearbeitung ist und die Ausschussmitglieder bei neuen Ergebnissen informiert werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2      Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, Fraktion DIE LINKE, zur  
Ausweispflicht  
Vorlage: VI/2018/04432**

---

*Anmerkung: Die Antwort der Verwaltung ist in Session hinterlegt.*

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3      Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, Fraktion DIE LINKE, zum  
Einwohnermeldeamt  
Vorlage: VI/2018/04433**

---

*Anmerkung: Die Antwort der Verwaltung ist in Session hinterlegt.*

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7          Mitteilungen**

---

**zu 7.1      Baumfällliste**

---

*Anmerkung: Die Baumfällliste ist in Session hinterlegt.*

**Herr Rupsch** sagte, dass vor der Besichtigung der Baumschutzkommission bereits ein gefälltter Baum dort lag und fragte, ob es eine weitere Fällung geben soll.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass die Fällung der Kastanie im Zuge der Gefahrenabwehr durchgeführt wurde. Bei einer Gefahrensituation bedarf es keiner vorherigen Genehmigung. Die Anzeige der Fällung muss bei der Unteren Naturschutzbehörde eingereicht werden, die diesen Tatbestand nochmals überprüft. Aus dem Baurecht wird eine Ersatzpflanzung erfolgen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 7.2 Bäume Riveufer

---

**Herr Misch** drückte seine Enttäuschung aus, dass kein weiteres Mitglied des Ausschusses an der Sitzung des Planungsausschusses teilgenommen hat. Des Weiteren teilte er seinen Unmut darüber mit, dass die Gutachten von Frau Dr. Schmidt und Herrn Dengler in der Sitzung des Planungsausschusses keine Beachtung fanden und ein Gutachten von geringem Umfang zum Entscheidungsanlass genommen wurde.

**Herr Doege** sagte, dass im Planungsausschuss mitgeteilt wurde, dass sich Herr Dengler zu einer schriftlichen Stellungnahme zu den Aussagen der Professoren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bereit erklärt hat. Er fragte, wann diese Stellungnahme erfolgen wird.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine Anfrage an Herrn Dengler zu.

**Herr Scholtyssek** bat um eine zeitnahe Abfrage, damit diese zur Hauptausschusssitzung mit einfließen kann.

Es gab keinen weiteren Redebedarf.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 8.1 Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler zur Fläche des ehemaligen Raumflugplanetariums

---

**Frau Winkler** stellte eine schriftliche Anfrage zur Fläche des ehemaligen Raumflugplanetariums.

*„Zur Fläche des ehemaligen Raumflugplanetariums „Sigmund Jähn“ frage ich:*

- 1. Mitte des Jahres wurde über Giftstoffe auf dem Gelände berichtet. In dem Gebäude wurde u.a. Kamilit und Asbest verbaut? Ist eine Altlastensanierung auf der Fläche notwendig und vorgesehen?*
- 2. Hat die Stadt Halle (Saale) Pläne für die Fläche oder sind der Stadt Vorhaben von Bürger\*innen auf der Fläche bekannt?“*

**Herr Scherlies** antwortete, dass die Entsorgung der Schadstoffe im Rahmen des Rückbaus des Objekts einschließlich seiner Fundamente fach- und sachgerecht unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgte, eine Altlastensanierung der Fläche daher nicht erforderlich ist. Des Weiteren sollen die entstandenen Flächen naturnah verbleiben.

## zu 8.2 Frau Krischok zu Abschleppmaßnahmen

---

**Frau Krischok** stellte eine schriftliche Nachfrage zu Abschleppmaßnahmen.

*„Im letzten Rechnungsprüfungsausschuss gab es die Mitteilung zu den Gutachten usw. 2017. Daraus ergeben sich die folgenden Anfragen:*

- 1. Der Vertrag für die Abschleppmaßnahmen besteht seit 04.11.2014. Wie lange läuft dieser Vertrag noch?“*

**Herr Teschner** antwortete, dass der seit 1. Juli 2017 gültige Vertrag zum Abschleppen, Verwahren und Verschrotten verkehrsordnungswidrig abgestellter Fahrzeuge am 31. Mai 2020 endet.

## zu 8.3 Frau Krischok zur Grünflächenkonzeption

---

**Frau Krischok** stellte eine schriftliche Nachfrage zur Grünflächenkonzeption.

*„Im letzten Rechnungsprüfungsausschuss gab es die Mitteilung zu den Gutachten usw. 2017. Daraus ergeben sich die folgenden Anfragen:*

- 2. Für den 27.07.2017 ist der Betrag von 14.506,10 EUR für die Grünflächenkonzeption aufgelistet. Wann kommt die Grünflächenkonzeption in den Stadtrat bzw. Ausschuss? Im Projektplan 2018 der Verwaltung steht diese ebenfalls drin.“*

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass die Grünflächenkonzeption im Januar 2019 in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Stadtrat eingebracht werden soll.

## zu 8.4 Frau Krischok zum Genossenschaftsfriedhof

---

**Frau Krischok** stellte eine schriftliche Nachfrage zum Genossenschaftsfriedhof.

*„Im letzten Rechnungsprüfungsausschuss gab es die Mitteilung zu den Gutachten usw. 2017. Daraus ergeben sich die folgenden Anfragen:*

- 3. Welche Inhalte und Ergebnisse gibt es durch die Rechtsberatung zum Genossenschaftsfriedhof?“*

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es möglich und zulässig ist, einer Wohnungsgenossenschaft ein Feld innerhalb eines Friedhofs als Genossenschaftsfeld anzubieten, welches ausschließlich für Bestattungen ihrer Genossenschaftsmitglieder und naher Angehöriger vorgesehen wird. Die Grabstätten-Nutzungsrechte können nur zu den satzungsmäßigen Gebühren von der Genossenschaft erworben werden.

## zu 8.5 Frau Krischok zu Wochenmärkten

---

**Frau Krischok** stellte eine schriftliche Anfrage zu Wochenmärkten.

*„Am 30. September lief die Bewerbungsfrist für die drei Wochenmärkte für das Jahr 2019 aus. Wie viele Bewerbungen gibt es für diese Wochenmärkte? Bitte für jeden Wochenmarkt und jedes Sortiment gesondert auflühren.“*

**Herr Reichardt** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

## zu 8.6 Frau Krischok zu Friedhöfen

---

**Frau Krischok** stellte eine schriftliche Anfrage zu Friedhöfen.

*„Auf dem Friedhof Kröllwitz sind sonnabends keine Bestattungen bzw. Beisetzungen möglich. Deshalb frage ich:*

- 1. Aus welchen Gründen erfolgen auf welchen Friedhöfen sonnabends keine Bestattungen bzw. Beisetzungen?*
- 2. An welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten sind für Bestattungen bzw. Beisetzungen auf welchem Friedhof vorgesehen?*
- 3. Wann werden zum Verhalten auf den kommunalen Friedhöfen aktuelle Aushänge lt. Friedhofssatzung von 2014 erfolgen?“*

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass Bestattungen an Samstagen nur auf den Friedhöfen Gertraudenfriedhof und Südfriedhof, in der Regel zwischen 9.00 und 12.00 Uhr stattfinden. Der Personalbedarf liegt bei je 2 Mitarbeitern pro Friedhof.

Zur Frage zwei antwortete er, dass in Abstimmung mit den Bestattungsunternehmen Bestattungen in der Regel von Montag bis Freitag von 8.00 bis 14.00 Uhr und Samstag nur auf dem Gertrauden- und Südfriedhof von 9.00 bis 12.00 Uhr stattfinden.

Zur Frage drei antwortete er, dass die Papieraushänge umgehend aktualisiert und die Hinweisschilder mit Mitteln aus dem Haushaltsjahr 2019 erneuert werden.

## zu 8.7 Frau Krischok zur Dölauer Heide

---

**Frau Krischok** stellte eine schriftliche Anfrage zur Dölauer Heide.

*„In dem Gebiet der Heide liegen zz. besonders viele Pferdeäpfel. Wie beurteilt die Verwaltung diese Situation? Wer ist für die Entsorgung im Stadtgebiet verantwortlich?“*

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass nach Ansicht der Stadtverwaltung vereinzelte Pferdeäpfel in der Heide auf den Naturwegen kein Problem darstellen. Einen erhöhten Anteil von

Pferdeäpfeln in der Heide kann die Verwaltung nicht bestätigen. Des Weiteren sind die Reiter und die Reitvereine für die Entsorgung verantwortlich.

#### **zu 8.8 Frau Krischok zur Hochwasserschutzkonzeption**

---

**Frau Krischok** sagte, dass im Projektplan 2018 eine Hochwasserschutzkonzeption zugesichert wurde. Sie fragte, wann diese den Ausschussmitgliedern vorgelegt wird.

**Frau Ruhl-Herpertz** antwortete, dass der Fördermittelbescheid im September 2018 eingegangen ist und die Konzeption durch eine externe Firma erstellt wird.

#### **zu 8.9 Frau Winkler zum Präventionsrat**

---

**Frau Winkler** fragte, wann die moderierte Veranstaltung zur Themenfindung des Präventionsrates stattfinden soll.

**Herr Teschner** antwortete, dass es noch internen Abstimmungsbedarf gibt.

#### **zu 8.10 Herr Rupsch zur Giebichenstein**

---

**Herr Rupsch** berichtete, dass im Burggraben der Burg Giebichenstein eine Platane gefällt werden musste. Er fragte, warum diese Fällung nicht in der Baumfällliste hinterlegt ist.

**Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine Ergänzung in der Baumfällliste zu.

#### **zu 8.11 Herr Rupsch zum Wasserspiegel Hufeisensee**

---

**Herr Rupsch** nahm Bezug auf die Antwort der Verwaltung zur Anfrage von Herrn Aldag zum Wasserspiegel des Hufeisensees. Er fragte, warum trotz der Festlegung, dass ab 91,5 Meter kein Wasser mehr entnommen werden darf, Wasser entnommen wurde.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.12 Herr Koehn zur gutachterlichen Stellungnahme der Bäume am Riveufer**

---

**Herr Koehn** fragte, ob ein Beschluss des Gremiums erforderlich ist, um eine Stellungnahme von Herrn Dengler abzufordern.

**Herr Rebenstorf** verneinte dies. Er ergänzte, dass eine Antwort mit der Begründung des Angebotes zur erneuten Stellungnahme morgen versandt wird.

### zu 8.13 Herr Dr. Fiekentscher zum PKW-Verkehr in der Großen Ulrichstraße

---

**Herr Fiekentscher** stellte eine schriftliche Anfrage zum PKW-Verkehr in der Großen Ulrichstraße.

*Anscheinend kann man seit Kurzem mit dem PKW in die Große Ulrichstraße fahren, auch wenn man nicht nur Anlieger oder Zulieferer ist.*

- 1. Seit wann besteht diese Möglichkeit und warum? Ist die Große Ulrichstraße eine Umleitungsstrecke? Und wenn ja, für welche Baustelle?*
- 2. Laut Ordnungsamt sei dies wohl auch auf den anliegenden Straßen entsprechend ausgeschildert. Wo befinden sich auf der Geiststraße sowie dem Moritzburg- und dem Universitätsring entsprechende Hinweisschilder?*
- 3. Laut Aussagen von Bürgern scheint es für manch einen Autofahrer auch nicht klar zu sein, wie man aus der Großen Ulrichstraße wieder herauskommt, sodass nicht der Weg über die Schulstraße genommen wird, sondern es gehäuft auch zu Fahrten entgegen der Einbahnstraße (also wieder zurück in Richtung Universitätsring) kommt. Ist dem so und wenn ja: Was will die Stadtverwaltung dagegen unternehmen?*

**Herr Teschner** sicherte eine schriftliche Antwort zu.

### zu 8.14 Juister zu einer Veranstaltung des Würfelpech e.V.

---

**Herr Juister** berichtete, dass der Würfelpech e.V. eine jährliche Veranstaltung „Halunken-Con“ durchführt. Der Verein mietet dazu immer weitere Räumlichkeiten in der Hardenbergstraße an. Dieses Jahr wurde dem Verein zwei Wochen vor Beginn der Veranstaltung mitgeteilt, dass aufgrund der hohen Anzahl der Teilnehmer der Brandschutz nicht gewährleistet werden kann und die Veranstaltung abgesagt werden muss.

In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wurde Ausweichmöglichkeiten im Cantor-Gymnasium, welche im Budget des Vereins in Höhe von 1.000 Euro liegen, gefunden. Dem Verein wurde heute mitgeteilt, dass die Kosten nicht bei 1.000 Euro, sondern bei 3.600 Euro liegen, sodass der Verein die morgen stattfindende Veranstaltung absagen musste.

Er bat um Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### zu 8.15 Herr Müller zu einer Ersatzpflanzung im Südpark

---

**Herr Müller** berichtete, dass einige der Ersatzpflanzungen im Südpark eingegangen sind. Er fragte, ob es dafür Ausgleichspflanzungen geben wird und wenn ja, wer für die Kosten aufkommt. Des Weiteren fragte er, ob es eine Gewährleistung durch die ausführende Firma gibt, da keine Entwicklungspflege betrieben wurde und keine Fertigstellung vorliegt. Er fragte weiterhin, wie der Schwund bei Neupflanzungen berechnet wird und ob der ökologische Ausgleich noch gewährleistet ist.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### zu 8.16 Herr Müller zu Waldlichtungen

---

**Herr Müller** sagte, dass das Waldblößenverzeichnis seit April 2017 nicht aktualisiert wurde. Er fragte, warum noch kein neuerer Stand vorliegt und bat um eine aktuelle Version.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### zu 9 Anregungen

---

##### zu 9.1 Herr Müller zum Fußweg Am Heidebad

---

**Herr Müller** sagte, dass der Fußweg, aus der Richtung Nietleben, zum Heidebad stark zugewachsen ist und eine Begehung nicht möglich ist. Er regte einen Rückschnitt der Hecke an.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Scholtyssek** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Andreas Scholtyssek  
Ausschussvorsitzender

---

Sarah Lange  
stellvertretende Protokollführerin